

# rundbrief



**Schwerpunkt**  
Initiative «Kinder fördern –  
Eltern stützen, Ergänzungs-  
leistungen für Familien»

**Abstimmungen**  
vom 9. Juni 2013

Editorial

## Kinder fördern – Eltern stützen

Wer in die Pension geht, freut sich meist auf ein ruhigeres, sorgloses Leben. Mit den Renten aus AHV, Pensionskasse und evtl. noch aus der 3. Säule gehen wir einer Zukunft ohne finanzielle Sorgen entgegen.

Wer zu tiefe Altersrenten erhält, kann auf die Ergänzungsleistungen (EL) zählen, die den Lebensbedarf decken. Mit dem Einkommen der AHV und EL können zwar keine Weltreisen oder sonstige grössere Auslagen finanziert werden. Für den Alltag aber reicht das Geld gut und die Krankheitskosten sind auch gedeckt. Somit steht auch diesen Personen ein bescheidenes aber finanziell gesichertes Rentenalter bevor.

Für Familien mit zwei, drei und mehr Kindern und einem geringen Einkommen sieht es aber oft ganz anders aus. Die finanziellen Sorgen werden bald einmal sehr gross. Gerade Alleinerziehende mit einem Teilpensum und kleinen Alimenten kommen oft kaum über die Runden. Die Kinderzulagen decken die Kosten der Kinder bei weitem nicht. Und die anderen Ausgleichszahlungen wie Prä-

mienverbilligung oder tiefere Steuern für Familien bringen nicht genügend Entlastung. So kommt es immer noch zu oft vor, dass Familien in solchen Situationen Sozialhilfe beanspruchen müssen.

Daher haben die Grünen Luzern beschlossen die Initiative «Kinder fördern – Eltern stützen, Ergänzungsleistungen für Familien» zu lancieren. Die Initiative soll das Risiko, wegen Kindern in die Armutsfalle zu laufen, endlich auch in Luzern Abhilfe schaffen. Auf den folgenden Seiten erläutern wir, um was es geht und warum diese Initiative unbedingt notwendig ist.

**Wir brauchen eure Unterstützung beim Sammeln und sind über jede Unterschrift froh!**



*Katharina Hubacher  
Vorstand Grüne  
Luzern*



Ergänzungsleistungen sollen mehr Rechtssicherheit schaffen

## Ausgewiesener Bedarf

**Im Kanton Luzern leben rund 2500 Kinder und Jugendliche in einem Haushalt, der auf Sozialhilfe angewiesen ist, davon über die Hälfte mit einer alleinerziehenden Person. Ergänzungsleistungen schaffen mehr Rechtssicherheit.**

Ergänzungsleistungen für Familien (FamEL) sind «bedarfsabhängige finanzielle Leistung der öffentlichen Hand an einkommensschwache Familien, deren Einnahmen aus Erwerbstätigkeit nicht ausreichen um ihre Ausgaben zu decken.» Die Ergänzungsleistungen entsprechen dabei «der Differenz zwischen den anerkannten Ausgaben und Einnahmen». So umschreibt es die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS. Die SKOS-Analysen ergeben auch, «dass Ergänzungsleistungen für Familien bei entsprechender Ausgestaltung ein wirkungsvolles Instrument zur finanziellen Besserstellung von Familien darstellen.» Was anerkannte Einnahmen und Ausgaben sind, muss durch das ausgearbeitete Gesetz noch genau definiert werden. Bei den Ausgaben sind – gemäss der Praxis bei AHV/IV – jedoch grundsätzlich anerkannt: Lebensbedarf, Mietkosten, Durchschnittsprämie der

Krankenversicherung sowie situationsbedingte Ausgaben. Das System der FamEL greift auf ein bewährtes System zurück und bringt daher mehr Rechtssicherheit für die armutsbetroffenen Familien.

In den vergangenen Jahren haben mehrere Kantone eigene Vorschläge erarbeitet. Dies ist folgerichtig, da der föderalistische Aufbau der Schweiz – unterschiedliche Steuergesetze, unterschiedliche Sozialhilfavorschriften, unterschiedliche Systeme der Krankenkassenprämienverbilligungen, etc. – zu widersprüchlichen Ergebnissen führen kann. Auch Schwelleneffekt genannt. Zum Beispiel: Eine geringe Steigerung des Bruttolohnes kann – wegen des vollständigen oder teilweisen Wegfalls von Unterstützung – dazu führen, dass das verfügbare Einkommen sinkt. Der Bericht «Arbeit muss sich lohnen», den der Luzerner Regierungsrat Ende November 2010 veröffentlichte, hat bereits brauchbare Unterlagen erarbeitet. Nun gilt es, den Studien Taten folgen zu lassen.

### Wie geht es weiter?

Die Gesetzesinitiative der Grünen hat die Form einer allgemeinen Anregung. Die Grünen müssen nun 4000 Unterschriften sammeln. Sie wollen dies – wenn immer möglich – bis Herbst 2013 erreichen. Nach Einreichung der Initiative hat der Regierungsrat ein Jahr Zeit, dem Kantonsrat einen Antrag vorzulegen. Falls der Kantonsrat die grüne Initiative ablehnt, kommt diese direkt zur Volksabstimmung.

Anders ist das Verfahren, wenn der Kantonsrat der grünen Initiative (vorerst) zustimmt. Dann muss der Regierungsrat innert einem Jahr dem Kantonsrat eine zweite Botschaft vorlegen, die nun ein konkretes Gesetzesprojekt zur Einführung der Ergänzungsleistungen für Familien vorsieht. Lehnt der Kantonsrat diesen Vorschlag ab, kommt die Vorlage zur Volksabstimmung. Stimmt die Mehrheit des Kantonsrates einer Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien zu, so müssen allfällige GegnerInnen das fakultative Referendum ergreifen, ansonsten der Kantonsratsentscheid rechtskräftig wird.



Hans Stutz  
Kantonsrat  
Luzern

KANTONALE VOLKSRATSWAHL

**KINDER FÖRDERN  
ELTERN STÜTZEN**  
ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN FÜR FAMILIEN

Gestützt auf Art. 27 der Verfassung des Kantons Luzern stellen die Initianten und Initiantin in der Form der allgemeinen Anregung folgende Botschaft an Ihren ersten Gemeinderat (V. «Anregungsleistungen für Familien»):

**Der Kanton richtet Ergänzungsleistungen für Familien aus, die in Gemeinschaft mit einem Kind leben und über ein geringes Einkommen verfügen. Die Ergänzungsleistungen sind als Verbundaufgabe zwischen Kanton und Gemeinden auszugestalten und orientieren sich an den Ergänzungsleistungen zu AHV/IV. Dabei sind Arbeitsanreize zu berücksichtigen und allfällige Schwelleneffekte möglichst klein zu halten.**

Veröffentlicht im Luzerner Kantonsblatt vom 23. März 2013

Bitte füllen Sie diesen Stimmentwurfbogen in der vorgesehenen Reihenfolge aus und unterschreiben Sie ihn.

PLZ	Politische Gemeinde					
	Nachname	Vorname	Geburtsort	Geburtsdatum	Strassenname	Strassennummer
1						
2						
3						
4						
5						
6						
7						
8						
9						
0						

Diese Initiativliste enthält ..... (in Worten) ..... gültige Unterschriften  
von Stimmentwürfern der vorgesehenen Gemeinde.  
Ich, ..... den ..... der/der StimmentwürferIn

- Auf diesem Bogen können nur Stimmentwürfer der gleichen Gemeinde unterschreiben.  
- Stimmentwürfer haben diesen Bogen handschriftlich zu unterschreiben.  
- Wie das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Volksabstimmungsrecht (Art. 202 des StGG) festzustellen ist, macht sich stiftend die Unterschriftensammlung bescheid oder sich berechnen lässt (Art. 201 des StGG) die Stimmzettelbehörde, macht sich stiftend die Stimmzettelbehörde.

**Achtung der Sammelfrist: 22. März 2014.**  
Bitte so schnell wie möglich oder bis spätestens 1. März 2014, auch teilweise ausgefüllte Bogen, zurücksenden an:  
Grüne Kanton Luzern, Bürgliplaz 8, Postfach 7036, 6000 Luzern 7  
Stimmensammelstelle: 041 31 03 63, Email: 041 31 00 00 00 00 00 00 00 00 00 00 00

GRÜNE KANTON LUZERN

Interview mit dem ehemaligen Stadtrat Ruedi Meier

## Luzern soll nach ziehen

**Ruedi Meier war jahrelang Stadtrat für die Grünen und als Sozialdirektor direkt mit dem Thema Ergänzungsleistungen für Familien, das die Initiative der Grünen aufgreift, konfrontiert. Als Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik hat er den Fachdiskurs zu diesem Thema eng verfolgen und mitprägen können.**



Der Rundbrief stellt Ruedi Meier einige Fragen zur Initiative «Kinder fördern, Eltern stützen. Ergänzungsleistungen für Familien».

*Rundbrief: Die Grünen Luzern haben eine Initiative lanciert, welche Ergänzungsleistungen für Familien fordert, damit mit diesen und dem Einkommen alle Familien selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können. Warum braucht es aus deiner Sicht so eine Initiative?*

Ruedi Meier: Es ist leider so, dass wir auch in der Schweiz Armut haben. Obwohl die Armutsfrage häufig ignoriert wird, wegdiskutieren lässt sich die Armut nicht. Aktuelle Diskussionen um Mindestlöhne zeigen, dass es viele sehr kleine Einkommen gibt. In solchen Familien sind Kinder heute ein sogenanntes strukturelles Risiko, dass eine Familie in die Armutsfalle läuft.

Nach Annahme der Initiative würde mit der Ergänzungsleistung dieses strukturelle Risiko der Armut bei Erwerbstätigkeit weitgehend beseitigt.

*Um noch einen Begriff zu klären, was heisst eigentlich «strukturelles Risiko»?*

Unter einem strukturellen Risiko versteht man das Risiko, in eine dauerhafte Abhängigkeit der Sozialhilfe zu kommen. Dies sind beispielsweise Pflegefälle, Menschen mit einer Leistungseinschränkung – aus welchen Gründen auch immer – und auch Familien. Wenn sich eine Familie trotz Erwerbstätigkeit nicht zu 100 % versorgen kann, wird sie heute ein Fall für die Sozialhilfe, ohne Hoffnung aus der Sozialhilfeabhängigkeit rauszukommen, solange Kinder da sind.

*Die Sozialhilfe reicht also als letztes Auffangnetz nicht aus? Es braucht diese Ergänzungsleistungen?*

Die Sozialhilfe ist so angelegt, dass sie in Notsituationen über einen kurzen Zeitraum aushelfen soll. Daher ist sie sehr tief angesetzt und zudem auch rückzahlungspflichtig. Die Sozialhilfe ist nicht ge-

dacht um ganze Lebensphasenrisiken – wie oben aufgezählt – abzusichern. Wenn also von vornherein klar ist, dass eine Familie für die Zeit, wo Kinder da sind, nicht aus der Sozialhilfe kommen wird, ist es sinnvoller und sozialpolitisch besser, entsprechende Ergänzungsleistungen einzuführen, welche es nicht notwendig machen, dass diese Familie überhaupt in die Sozialhilfeabhängigkeit kommt.

*Wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht eine bessere Lösung?*

Beim bedingungslosen Grundeinkommen braucht es zuerst noch Grundsatzdiskussionen und bis diese geführt sind, dauert es noch länger. Denn dies wäre ein totaler Umbau des gesamten Systems der Sozialen Sicherheit. Für die Familien muss schneller eine Lösung her.

*Immer wieder hört man, dass Schwelleneffekte ein Problem seien, wie kann man diesem Problem begegnen?*

Die Initiative verlangt, dass der Kanton schlussendlich eine Lösung präsentiert, welche diese Schwelleneffekte berücksichtigt. Damit das funktioniert muss das Gesamtsystem mit u. a. nach KVG-Prämienverbilligungen, den Einkommensfreibeträgen für Workingpoors, Familien- und Ausbildungszulagen, Betreuungsgutscheinen, Steuern und weiteren Transferleistungen betrachtet werden. Hier muss der Kanton eine verstärkte Steuerungs- und Koordinationsaufgabe wahrnehmen, obwohl beispielsweise die Sozialhilfe oder Kinderbetreuung auf Stufe Gemeinde finanziert wird.

*Das heisst, die Gemeinden würden wieder einmal zusätzlich zur Kasse gebeten ohne etwas an den Kosten ändern zu können?*

Die Gemeinden würden auch entlastet, weil die Abwicklung von Ergänzungsleistungen einfacher ist als jene, der Sozialhilfe mit ihren aufwändigen Überprüfungen und Standortgesprächen. Zwar müssten auch die Ergänzungsleistungen zumindest teilweise von den Gemeinden getragen werden. Die Risiken wären aber kleiner, da diese über Prokopfbeiträge finanziert würden. Zudem würden die Ausgaben für die Sozialhilfe sinken.

In der Stadt Luzern ist es zudem so, dass es bereits heute Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende gibt, welche Ergänzungsleistungen in einem geringeren Mass sind. Diese würden dann wegfallen.

*Würde Luzern mit solchen Ergänzungsleistungen nicht als Exot unter den Schweizer Kantonen dastehen?*



Nein. Mit dem Tessin, Solothurn, Waadt und Genf haben schon vier Kantone solche Ergänzungsleistungen eingeführt. In anderen Kantonen laufen die Planungen für Ergänzungsleistungen für Familien. Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren empfiehlt Ergänzungsleistungen für Familien und fordert die Kantone auf, diese auch einzuführen. Die Hoffnungen auf den Bund haben sich für den Moment leider zerschlagen. Um so wichtiger ist es, dass mit Luzern nun auch in der Zentralschweiz etwas geht.

*Was motiviert dich persönlich, dass du dich für diese Initiative einsetzt?*

Die ganze Zeit als Sozialdirektor der Stadt Luzern habe ich mich schon für eine Lösung des Problems der strukturellen Armutsrisiken eingesetzt. Kinder dürfen niemanden in die Sozialhilfe zwingen und zu einer Workingpoor-Situation der Familien führen. Die von der Initiative vorgeschlagenen Ergänzungsleistungen werden diese Situation entschärfen. Nebst der Einführung von Mindestlöhnen sind diese EL ein wirksames sozialpolitisches Instrument.



Andreas Kappeler  
Rundbriefredaktion  
Emmen

Keine Sozialhilfefälle wegen Kindern

## Kinder sind ein Armutsrisiko

**Kinder sind ein Armutsrisiko. Diese Erkenntnis ist weder neu noch bestritten. Doch bei der Überwindung des Missstandes kommt die Schweiz kaum voran.**

Zwar hat der Kanton Tessin bereits auf Anfang 1997 Ergänzungsleistungen für Familien eingeführt. Diese bestehen einerseits aus einer Kleinkinderzulage, die während den ersten drei Jahren den Lebensbedarf der Familie decken soll, andererseits eine Kinder-EL für Kinder von 0 bis 14 Jahren. Diese Leistung hat den Zweck, den minimalen Lebensbedarf von Kindern und Jugendlichen zu sichern. Das Ergebnis lässt sich sehen. Mit der Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen konnten rund 60 Prozent an Sozialhilfekosten eingespart werden, die Familien-Ergänzungsleistungen haben wirksam zur Armutsreduktion beigetragen. Dies das Fazit der Tessiner Regierung knapp zehn Jahre nach der Einführung.

Ausserhalb des Tessins redete man viel, man schrieb noch mehr, doch beschlossen und eingeführt wurde kaum etwas. Viele Jahre lang konnten bürgerliche SkeptikerInnen kantonale Lösungen torpedieren, indem sie auf die Anstrengungen für eine Bundeslösung verwiesen. Im Herbst 2000 unterstützte nämlich eine Mehrheit des Nationalrates eine parlamentarische Initiative für eine landesweite Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien. Doch nach vielen Kommissionssitzungen, einer Vernehmlassung und zusätzlichen Berichten schrieb die Mehrheit des Nationalrates knapp elf Jahre später den Vorstoss endgültig ab.

Nur: Der Bedarf blieb weiterhin ausgewiesen. Nicht alle Kantone wollten so lange warten. Die Kantone Waadt, Genf und Solothurn haben inzwischen Ergänzungsleistungen für Familien eingeführt.

### Und der Kanton Luzern?

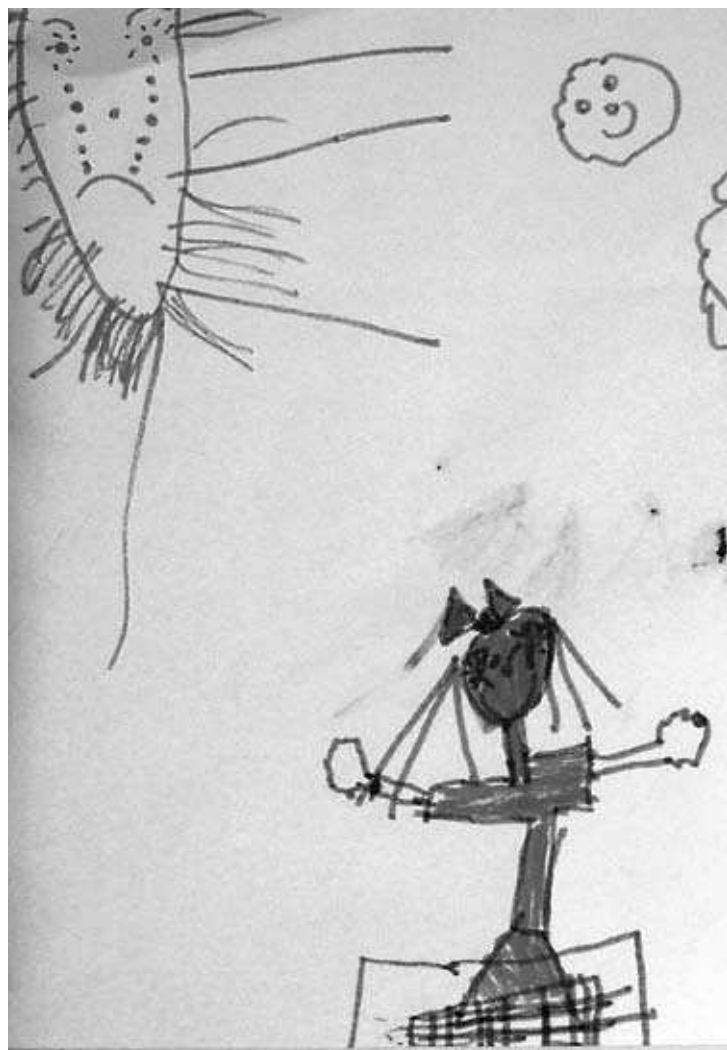
Bereits im November 2000 forderten GrossrätInnen der SP und der Grünen in einer Motion die Einführung des Tessiner Modells, das Gleiche verlangten CVP-GrossrätInnen in einem Postulat. Die Motion hielt fest: Familien-Ergänzungsleistungen gehören «auf den ersten Platz in der sozialpolitischen Agenda» und den Worten über Familienförderung sollen «Taten folgen, damit in Zukunft möglichst alle Kinder in Würde aufwachsen können.» In seiner Antwort verwies der Regierungsrat auf die beabsichtigte Bundeslösung. Daraufhin reichte Louis Schelbert eine Motion für eine Standesinitiative ein, die der Grosse Rat Anfang April 2003 mit grosser Mehrheit annahm. Doch in Bern dann nichts bewirkte.

Im Frühling 2009 versuchten sowohl Grüne wie auch die SP im Kantonsrat nochmals, die kantonale Einführung voranzutreiben. Doch der Regierungsrat, gefolgt von der bürgerlichen Ratsmehrheit, verwies auf den entstehenden Bericht «Arbeit muss sich lohnen». Er ist Ende 2010 publiziert worden, geschehen ist aber nichts mehr.

Nun ist es an der Zeit: Ergänzungsleistungen für Familien – auch im Kanton Luzern!



Hans Stutz  
Kantonsrat  
Luzern



Beispiele zur Erläuterung der Notwendigkeit der Initiative

## Warum es Ergänzungsleistungen braucht

**Sozialhilfe soll der letzte Ausweg sein und nur im Notfall zum Zug kommen. Heute müssen leider oft auch Familien zur Sozialhilfe, für welche das Instrument der Sozialhilfe eigentlich nicht gedacht ist. Im Folgenden einige Beispiele.**

Der Schritt zur Sozialhilfe ist mit viel Scham behaftet und wird deshalb oft erst spät gemacht. Andererseits ist auch bekannt, dass die Ansätze der Sozialhilfe sehr tief sind. Wer Sozialhilfe beziehen will, muss fast das ganze Vermögen aufgebraucht haben. Allein schon diese Tatsache ist für Familien unsinnig und stossend. Wer Kinder hat, weiss, dass eine kleine Geldreserve enorm wichtig ist. Wie schnell sind die Kleider zu klein, die Winterschuhe undicht und die Zahnarztrechnung flattert gerade dann ins Haus, wenn auch noch ein Velo angeschafft werden müsste.

Familien mit Sozialhilfe müssen in solchen Situationen für alle zusätzlichen Ausgaben einzeln weitere Gesuche einreichen und darauf hoffen,

dass es bewilligt wird. Und sie müssen allenfalls weitere demütigende Auflagen und Kontrollen über sich ergehen lassen. Zudem muss Sozialhilfe im Gegensatz zu einer EL grundsätzlich zurückerstattet werden.

Die Ausrichtung von EL an Familien ist selbstverständlich auch mit Vorkontrollen und Regelungen verbunden. Den Anspruch auf EL anzumelden ist mit weniger Hürden zu bewältigen als der Bittgang zur Sozialhilfe. In der Berechnung der EL sind zudem auch Ausgaben für soziale Kontakte und Teilnahme am kulturellen Leben eingerechnet. Somit ist es Personen mit EL besser möglich, sich ab und zu kleine Extraausgaben zu leisten.

### Wer würde konkret profitieren:

#### **Eine junge Familie mit drei Kindern, deren Vater jeden Monat netto 5'300 verdient.**

Der Vater hat eine Ausbildung und arbeitet regelmässig in einem Schichtbetrieb. Die Familie wohnt auf dem Land in einem kleinen Weiler und hat daher kaum Anbindung ans ÖV-Netz. Eine Kita oder eine Tagesmutter sind weit entfernt. Die Mutter hat kaum Möglichkeiten für einen Zusatzverdienst, weil die Kinder noch nicht im Schulalter sind. Dieser Familie würden mit einer EL viele Sorgen erspart. Ihr Einkommen würde mit der EL ergänzt. Die Kosten für den Zahnarzt wären wieder tragbar, weil von der EL übernommen. Eine grössere Reparatur des Autos würde die Finanzen des Haushalts nicht mehr für Monate durcheinander bringen.

#### **Die alleinerziehende Mutter mit ihren zwei Kindern.**

Sie hat eine Ausbildung im Detailhandel und arbeitet Teilzeit. Bei der Scheidung wurden ihr Alimente für die Kinder zugesprochen. Da der Vater der Kinder ein kleines Einkommen hat, fallen die Alimente tief aus. Die Mutter geht also weiterhin einer Erwerbsarbeit nach, wenn die Kinder am Wochenende beim Vater sind. Sie hat somit fast keine freie Zeit.

Die Familien-EL würde es dieser Frau und Mutter erlauben, auch mal ein Wochenende auszuruhen, ohne dass dadurch das Familienbudget aus den Fugen gerät. Die Kinder hätten wieder eine Mutter, die Kraft und Zeit hat sich ihnen zu widmen.

Neben den Erwachsenen würden vor allem die Kinder profitieren.



*Katharina Hubacher, Luzern  
Vorstand Grüne  
Luzern*

Asylgesetzrevision, Abstimmung vom 9. Juni

## Neue Gesetzgebung diskriminiert

Seit Ende September 2012 ist Wehrdienstverweigerung kein Asylgrund mehr. Im Rahmen ihrer Arbeit ist die Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht Ostschweiz (BAAO) Betroffenen begegnet, deren Geschichten die Konsequenzen dieser Asylgesetzverschärfung aufzeigen.



Der Eritreer «Kidane» wird in den obligatorischen Militärdienst eingezogen. Obwohl gesetzlich 18 Monate vorgeschrieben sind, handelt es sich tatsächlich um eine unbefristete, lebenslange Militärpflicht. Die Desertion ist meist der einzige Ausweg, um den unmenschlichen und menschenrechtsverachtenden Bedingungen zu entkommen. Wehrdienstverweigerung und Desertion werden in Eritrea mit Misshandlungen und Folter, teils mit Todesfolge, bestraft. «Kidane» gelingt die Flucht in die Schweiz, wo er ein Asylgesuch stellt. Aufgrund seines Verschwindens wird seine Frau «Feben» von der eritreischen Polizei bedroht. Sie soll «Kidanes» Aufenthaltsort verraten. Die 2 Kinder dürfen nicht mehr zur Schule. Sie fliehen in den Sudan. Nach 2 Jahren wird «Kidane» Asyl zugesprochen. Dies erlaubt ihm, seine Familie nachzuziehen.

Am 28. September 2012 beschloss das eidgenössische Parlament, dass Wehrdienstverweigerung nicht mehr als Asylgrund anerkannt werden soll. Dies obwohl eritreische Wehrdienstverweigerer durch unverhältnismässig harte Strafen an Leib und Leben bedroht, d.h. Flüchtlinge im Sinne des Asylgesetzes sind. Mit Blick auf Eritrea verkennt

die Gesetzesänderung, dass die übermässige Bestrafung politisch motiviert ist. Desertion wird als Infragestellung der diktatorischen Regierung verstanden. Aufgrund der konkreten Bedrohung in Eritrea bleibt die Rückschaffung unzulässig und die Person wird vorläufig aufgenommen in der Schweiz. Die neue Gesetzgebung macht Eritreer fortan zu Flüchtlingen 2. Klasse.

«Kidane» erhält heute kein Asyl mehr, wird aber aufgrund begründeter Furcht vor unmenschlicher Behandlung vorläufig aufgenommen. Dadurch kann er erst nach 3 Jahren vorläufigem Aufenthalt in der Schweiz den Familiennachzug beantragen. «Feben» und die Kinder müssen währenddessen im Sudan bleiben, wo alleinstehende Frauen mit sexuellen Übergriffen und alle drei mit der Rückschaffung rechnen müssen. Auch danach bleibt ungewiss, ob «Feben» und die Kinder in die Schweiz einreisen dürfen; eine bedarfsgerechte Wohnung und Sozialhilfeunabhängigkeit werden vorausgesetzt. «Kidane» hat es aufgrund seines temporären Aufenthaltsrechts schwer, Arbeit zu finden und erfüllt die Kriterien für einen Familiennachzug nicht. Die Familienvereinigung würde ihnen dementsprechend verwehrt.

«Kidanes» Geschichte zeigt auf, mit welchen Konsequenzen eritreische Wehrdienstverweigerer im Falle einer Annahme der Asylgesetzverschärfungen am 9. Juni zu rechnen hätten.

*Zur Verfügung gestellt von:  
Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht  
Ostschweiz (BAAO)*

### Impressum

Herausgeber/Inserateverkauf: Grüne Luzern, Brüggligasse 9, Postfach 7359, 6000 Luzern 7, Telefon 041 360 79 66, [www.gruene-luzern.ch](http://www.gruene-luzern.ch), sekretariat@gruene-luzern.ch, PC 60-16103-5  
Redaktion: Christina Freymuth, Andreas Kappeler, Bea Langenbacher  
Korrektorat: Marie-Theres Kappeler  
Fotos: Sabina Oehninger  
Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng, Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 360 28 10, [thomas.kueng@rat.ch](mailto:thomas.kueng@rat.ch), [www.kuenggrafik.ch](http://www.kuenggrafik.ch)  
Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37, [info@gegendruck.ch](mailto:info@gegendruck.ch)  
Erscheint 5x im Jahr, Auflage 1300 Exemplare;  
Abonnement: ein Jahr Fr. 30.-, Unterstützungsabo: ein Jahr Fr. 60.-

Junge Grüne im Abstimmungskampf

## Nein zu einem menschenfeindlichen Asylgesetz

Seit Jahren torpedieren die rechtsbürgerlichen Kräfte erfolgreich unser Asylwesen. Sie drohen die humanitäre Verantwortung dieses Landes zu begraben. Dem Referendumskomitee unter der Leitung der Jungen Grünen Schweiz ist es gelungen, während der Wintermonate 63'000 gültige Unterschriften zu sammeln. Nun befindet sich das Komitee mitten im Abstimmungskampf. Wir sind bereit, dieser Asylgesetzrevision am 9. Juni eine Abfuhr zu erteilen.

Nennen wir ihn Tobias. Tobias ist ein junger Mann und lebte in Eritrea, bis er als Kriegsdienstverweigerer mit seiner Familie aus dem Land flüchten muss. Mit grossem Glück erreicht er Italien. Er entscheidet sich, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen, weil er hier Verwandte hat.

Obwohl er während des Verfahrens im letzten Moment offizielle Papiere aus dem Heimatland organisieren kann und in Eritrea mit Leib und Leben bedroht ist, erhält er nur den F-Status (vorläufige Aufnahme). Seit September 2012 sei Kriegsdienstverweigerung kein Asylgrund mehr, sagen ihm die Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration. Seine Familie kann Tobias mit dem F-Status nicht in die Schweiz nachziehen lassen. Die lebt in prekären Verhältnissen in einem Flüchtlingscamp.

### Eine Revision gegen die Menschlichkeit

Dieses Drama kann sich in der Schweiz seit der Asylgesetzrevision im September 2012 so abspielen. Auch wer Papiere hat, erhält gemäss neuem Gesetz in Schweizer Botschaften kein Visum mehr. Für die Schwächsten war das Botschafts asyl ein Weg, «legal» in die Schweiz zu kommen. Und so werden noch mehr Menschen gezwungen, den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer zu nehmen, wo nach Informationen der UNO jedes Jahr 1'500 Menschen ertrinken. Die Asylgesetzverschärfung wird die Zahl der Toten noch erhöhen.

### Motiviertes Luzerner Referendumskomitee

Im Kanton Luzern kämpft ein breit abgestütztes Referendumskomitee unter der Leitung der Jungen Grünen zusammen mit den Grünen, der SP, den Jungsozialisten, dem Asylnetz Luzern, dem Luzerner Gewerkschaftsbund und weiteren Organisationen gegen die Apathie der rechtsbürgerlichen Politiker. Betroffen sind die Schwächsten auf dieser Welt. Bereits während der Sammelphase haben die Jungen Grünen Kanton Luzern eine Aktion in der Altstadt organisiert, um die Bevölkerung wachzurütteln. Die Jungen Grünen und das Komitee werden in den nächsten Wochen mit einer engagierten Kampagne für die Rechte der Asylsuchenden eintreten. Gegen die Zerstörung

RECHTE ASYLPOLITIK  
TÖTET MENSCHEN!

**NEIN**

AM 9. JUNI!  
GEGEN DIE VERSCHÄRFUNG  
DES ASYLGESETZES

junge grüne  
kanton luzern

des Schweizer Asylwesens ist eine klare Botschaft notwendig.

Wir bitten euch, ebenfalls für ein NEIN am 9. Juni einzustehen. Werdet aktiv, überzeugt euer Umfeld, gegen diese Asylgesetzrevision zu stimmen. Nur mit eurer Unterstützung können wir im Kanton Luzern gewinnen. Herzlich seid ihr auch eingeladen, im Lokalkomitee mitzuwirken, dazu meldet ihr euch am besten sofort bei Jana Aregger, die als Kampagnenleiterin fungiert. Auch um finanzielle Unterstützung sind wir dankbar.



Gian Waldvogel  
Co-Präsident Junge Grüne Luzern  
Kriens

Änderung vom 28. September 2012  
des Asylgesetzes:

**Parole:**

**Nein**

Nationale Volksabstimmung vom 9. Juni

## Nein zur Volkswahl des Bundesrats

**Am 9. Juni findet die Volksabstimmung über die eidgenössische Volksinitiative zur «Volkswahl des Bundesrates» statt. Die Grünen lehnen die Initiative ab – wie der Bundesrat und die grosse Mehrheit der Bundesversammlung auch.**

Die Volksinitiative kommt aus den Kreisen der SVP. Die gleiche Forderung ist vor gut 70 Jahren aber auch schon von der SP oder vor fünf Jahren vom früheren POP (PdA)-Nationalrat Josef Zisyadis (VD) gestellt worden. Im Nationalrat stimmte 2009 der Grossteil der Grünen, aber auch die Mehrheit der SVP gegen die Initiative des Genossen Zisyadis. Erst mit der Abwahl von Christoph Blocher grub die Partei das alte Projekt wieder aus.

### Unzählige landesweite Wahlen

Laut SVP geht es darum, den taktischen Spielchen der Parteien den Garaus zu machen. Diese Wirkung ist zu bezweifeln, aber auch die Absicht. Das Gegenteil ist wahrscheinlicher. Seit dem Frühling 2006 fanden ausser 2012 jedes Jahr Wahlen statt. Mit der Initiative wären das immer schweizweite Wahlkämpfe gewesen.

### Taktische Tricks

Schon so wurde versucht, diese Wahlen immer so gross als möglich aufzuziehen. Mit Rücktritten während der Legislatur wäre bei einer Volkswahl erst recht zu rechnen. Sie würden noch mehr zum taktischen Instrument für Parteikampagnen. Um solche taktischen Tricks zu minimieren, wurde mit Vorstössen verlangt, dass Rücktritte von Bundesräten während der Legislatur nur noch in Ausnahmefällen möglich sein sollten. Ohne Erfolg, auch die SVP war dagegen. Warum sollte sie auch? Sie hat die meisten Propagandamittel. Weil aber heute die Bundesversammlung wählt, bleiben die Propagandamaschinen auf relativ niedrigen Touren. Das würde sich bei einer Volkswahl sofort ändern. Die Parteitaktik dürfte bei Volkswahlen des Bundesrats Urstände feiern.

### Dauerwahlkampf

Aber im Kern es geht nicht um die SVP, sondern um das Funktionieren des politischen Systems. Es

kommt heute schon an Grenzen, nach den Wahlen ist sofort auch wieder vor den nächsten Wahlen. Das würde sich unweigerlich vermehren. Abgesehen vom Aufwand: Medial und für die betroffenen Personen, finanziell und für die Parteien, gäbe es praktisch gar keine Phasen der Konsolidierung mehr. Wahlen sind wichtig, aber Politik muss letztlich Lösungen bringen.

Der Wahlkampf bei Gesamterneuerungswahlen würde sich aufschweizerischer Ebene jenem in den Kantonen annähern. Dort liegt das Schwergewicht bei den Regierungsratswahlen, die Parlamentswahlen sind medial in aller Regel nur im zweiten Rang. Die Mitglieder des Bundesrats würden im Unterschied zu heute ins Zentrum des Interesses rücken und müssten während der Legislatur dauernd auf ihre Wiederwahlchancen schielen.

### Schwächung des Parlaments

Die Volkswahl des Bundesrats würde die Bundesversammlung schwächen. Dabei geht es zum einen um die Abtretung der Wahlbefugnisse, zum andern um die Gewichte zwischen den Gewalten. Ein vom Volk gewählter Bundesrat würde weiter gestärkt, das Parlament und seine Kontrollfunktion weiter geschwächt. Daran kann die Bevölkerung kein Interesse haben und wir Grünen schon gar nicht. Eine Schwächung des Parlaments befürchten auch zahlreiche Staatsrechtler. Ein Nein zur Initiative und zur Volkswahl des Bundesrats ist richtig.



Louis Schelbert  
Nationalrat  
Luzern

Volksinitiative vom 7. Juli 2011:  
«Volkswahl des Bundesrates»:

**Parole:**

**Nein**

R E S T A U R A N T B A R  
N E U S T A D T

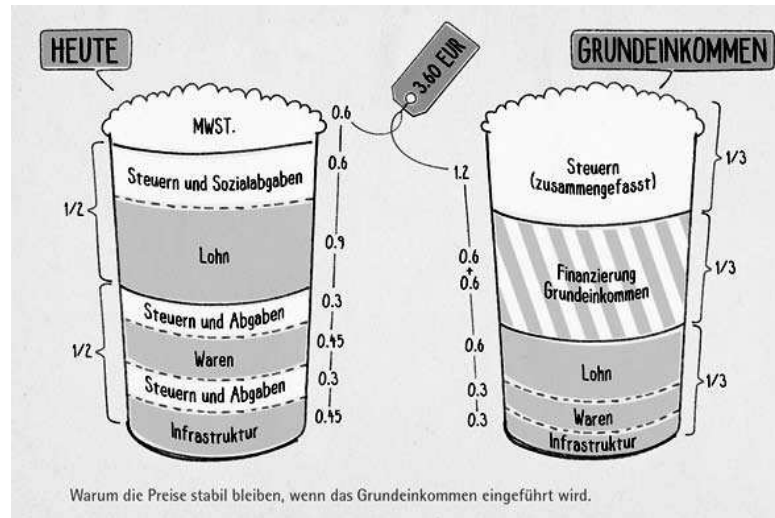
Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Wieso schreit die Schweiz nach Arbeitsplätzen?

# Freiheit anstatt Vollbeschäftigung

Sinnvolle Arbeit ist allgegenwärtig: Umweltschutz, Kultur, Familienarbeit sind nur einige Beispiele. Richtige Arbeitsplätze entstehen da, wo Bedarf ist. An Arbeit fehlt es uns also nicht. Die Frage ist, wer oder was dem Menschen, der seine Ressourcen einsetzt, die Existenz finanziert, bzw. ermöglicht. Ja, es geht in der ganzen Diskussion um Arbeitsplätze im Grunde gar nicht um Arbeitsplätze, sondern um das Einkommen, welches einem ermöglicht, überhaupt zu existieren. Und somit ermöglicht, dort anzupacken, wo Bedarf ist. Oder einfach etwas zu tun, das für einen selbst Sinn ergibt – oder auch einfach um «Nein» sagen zu können zu etwas, das man nicht will.

Doch um das zu können, muss der Mensch von der Angst wegkommen, die ihm die heutige «Arbeitsmarkt»-Situation bereitet: Die Angst, mit dem Job auch seine Existenz zu verlieren. Mit einem existenzsichernden Grundeinkommen für alle könnte die Schweiz dieser Angst Abhilfe schaffen. Kräfte können freigesetzt werden. Es entstünde endlich ein echter Arbeitsmarkt. Und: Verschwendung von materiellen Ressourcen kann vermieden werden, denn lange können wir uns die bestehen-



den Verhältnisse nicht mehr leisten. Deshalb lohnt es sich, die aktuelle Initiative zum Grundeinkommen mit einer Unterschrift zu unterstützen.



Anna Bühlmann  
Junge Grüne Luzern  
Kriens

**ab 9. Mai**  
**BEYOND THE HILLS**  
von Cristian Mungiu

**ab 16. Mai**  
**HARRY DEAN STANTON: Partly Fiction**  
von Sophie Huber

**ab 24. Mai**  
**WHERE THE CONDORS FLY**  
von Carlos Klein

**ab 30. Mai**  
**PARADIES: GLAUBE**  
von Ulrich Seidl

**ab 30. Mai**  
**SCHLAFKRANKHEIT**  
von Ulrich Köhler

**26. & 28. Mai**  
**VIVAN LAS ANTIPODAS!**  
von Victor Kossakovsky

**ab 6. Juni**  
**NAIROBI HALF LIFE**  
von David Tosh Gitonga

**ab 13. Juni**  
**JUST THE WIND CSAK A SZÉL**  
von Bence Fliegau

**ab 19. Juni**  
**UNE ESTONNIENNE À PARIS**  
von Ilmar Raag

**ab 4. Juli**  
**PATIENCE STONE**  
von Atiq Rahimi

**ab 20. Juni**  
**PARADIES: HOFFNUNG**  
von Ulrich Seidl

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm [www.stattkino.ch](http://www.stattkino.ch)

**stattkino**  
im Bourbaki Panorama Luzern  
Reservierungen 041 410 30 60

**s t a t t k i n o**

Veloachse droht an Finanzierung zu scheitern

## Achtung, Velofahrer!

**Konnten Sie auch schon wegen Lärm nicht einschlafen? Ist Ihr Garten von Littering aller Art betroffen? Hat Ihr Haus in den letzten Jahren eine enorme Wertminderung erlitten?**

Richtig – dann wohnen Sie an einer neueröffneten Veloroute. So jedenfalls argumentierte die SVP während der kantonsrätlichen Debatte zur Öffnung des Zentralbahntrasses für Velofahrende. Die 34 – pardon 24 – Stunden-Gesellschaft bringe es mit sich, dass auch spätnachts Velofahrer miteinander reden würden, Biker sich auf dem Heimweg nächtens auf offener Strecke verpflegen und Abfall wegwerfen würden und vielleicht auch noch ungeölte Ketten quietschten.

Bei allen Fortschritten bei der Veloförderung, die Fronten sind verhärtet und auch die FDP war kritisch gegen die neue Route: Unglaublich, will man doch ihretwegen einen Rechtsabbieger für Automobilisten aufheben. Und dies ausgerechnet vor der Zentrale des Gewerbeverbands – ein Anschlag auf das städtische Gewerbe.

Verhärtet sind auch die Fronten in Sachen Finanzierung des Veloweges. Der Kantonsrat hatte zwar 2009 dank einem CVP-Antrag das Trasse ins Radroutennetz aufgenommen. Was unnötig sei, weil der Bau bereits geregelt sei, so argumentierte damals der Regierungsrat dagegen. So interessierte sich denn beim Bauprogramm auch niemand mehr dafür, wie der neue Radweg finanziert wird. Und so kam es, dass der Kanton nun nix bezahlen will, da ihm ohne Geld im Bauprogramm eine rechtliche Grundlage zum Zahlen fehle. Das mag stimmen, nur sagte Regierungsrat Max Pfister 2009: «Mit einem Aufwand von rund 600'000 Franken zulasten des Projekts Zentralbahn wird unmittelbar nach der Entfernung der Geleise ein Belag eingebaut, damit das Trasse als Langsamverkehrsachse für Velofahrer und Fussgänger, vielleicht aber auch als Begegnungszone, gebraucht werden kann. Die

Regierung teilt die Meinung, dass dieses Vorhaben sofort realisiert werden sollte.» Wer hört aus dieser Bemerkung heraus, dass die Gemeinden Luzern, Kriens und Horw den Veloweg bezahlen müssen, wie jetzt der Stand der Dinge ist, und die versprochenen Gelder nun plötzlich nur für einen «provisorischen» Belag vorgesehen sind?

### Ein paar Fazite aus dieser Geschichte:

Veloförderung ist etwas Grossartiges, solange sie nicht viel kostet: Dass eine neue Veloroute vom Zentrum bis zum Südpol vier Millionen teuer ist, hat für Aufruhr gesorgt. Dass aber jeder Kilometer Hauptstrasse ein Mehrfaches kostet, wird nicht diskutiert.

Veloförderung ist auch toll, so lange sie nicht auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs geht: Zugegeben, in den Quartieren gibt es gute Beispiele für Verkehrsberuhigungen. Sobald es aber um Durchgangsstrassen und Verbindungswege geht, hört der Spass auf. Auch darum werden die Velofahrenden auf ihrem neuen Weg bei keiner Kreuzung Vortritt haben.

Oder aber, der Spass fängt erst an: Die SVP-Einlage zeigte auf, dass man die Veloförderung in breiteren Kreisen nicht wirklich ernst nimmt und sich dazu belustigen kann. Schade, denn auch in Luzern stehen Verkehrslärm und –probleme ganz weit oben auf der Sorgenliste.



Michael Töngi  
Kantonsrat  
Kriens

jetzt  
testen

Bullitt, Christiania,  
Civia, Triobike,  
r-m, Flyer



für Kisten, Kind  
und Kegel



VELOCIPED

mehr Velo

Luzernerstr. 4 + 16 | 6010 Kriens | 041 329 10 50 | www.velociped.ch



Volksabstimmung über die neue Bau- und Zonenordnung

## Ein akzeptabler Kompromiss?

Nach einem fünfjährigen Prozess liegt die neue Bau- und Zonenordnung (BZO) nun vor: am 9. Juni stimmt die Bevölkerung der Stadt Luzern darüber ab. Auch wenn die neue BZO nicht der grosse Wurf, sondern ein Kompromiss ist, enthält sie Neuerungen, welche aus grüner Sicht begrüssenswert sind. Neben dem Endprodukt BZO ist im Prozess auch das Verständnis von Stadtentwicklung gewachsen.

Die wichtigsten Punkte in der neuen BZO aus grüner Sicht:

### Durchmischung

Seit jeher ist Durchmischung ein zentrales Anliegen der Grünen. Darunter verstehen wir einerseits den Mix zwischen Arbeiten, Wohnen und Gewerbe, andererseits auch eine Durchmischung der verschiedenen sozialen Schichten.



Die neu vorgeschriebenen Erdgeschossnutzungen, vor allem der Mix zwischen Wohnen und Arbeiten, schaffen Urbanität. Reine Arbeitszonen sind in den Abendstunden und am Wochenende tote Räume. Im Parlament konnte erreicht werden, dass die vom Stadtrat vorgesehene Arbeitszone Rösslimatt nicht eingezont und für die weitere Entwicklung eine gemischte Zone vorgesehen wird. Ebenso wurde im Verlauf des Prozesses erreicht, dass die bestehenden Wohnanteilszonen nicht einfach gestrichen werden. Die neue gefundene Regelung ist begrüssenswert, sie sichert die Durchmischung und ermöglicht trotzdem eine gewisse Flexibilität. Zudem hat sich das Parlament für die Festsetzung von gemeinnützigem Wohnungsbau auf bestimmten Arealen ausgesprochen.

### Verdichtung und Grünräume

Auch in der Stadt Luzern soll eine Verdichtung nach innen stattfinden. In der neuen BZO wurde das sorgfältig gemacht; eine Entwicklung ist möglich, gewachsene Quartierstrukturen werden geschützt. Mit der erhöhten Dichte werden sich auch mehr Bewohnerinnen und Bewohner auf gleichem Raum bewegen. Nebst dem Verkehr wird dadurch auch der Druck auf öffentliche Frei- und Grünräume steigen, diese müssen deshalb proaktiv geschützt und aufgewertet werden.

### Hochhäuser

Die vorgeschlagenen Hochhäuser stehen für eine Verdichtung und Platz für neue Arbeitsplätze und Wohnfläche, sollen aber auch städtebauliche Akzente setzen. Die Mehrheit der grünen Fraktion erachtet die ausgewählten Standorte als richtig. Diese sind in der Mitwirkungsphase aber leider noch zu wenig breit diskutiert worden. Mit der aufgetrennten Abstimmungsfrage muss diese Diskussion in der Bevölkerung nun nachgeholt werden. Allfällige zukünftige Hochhausstandorte müssen aus einem übergeordneten verbindlichen Konzept abgeleitet und nicht auf Wunsch von privaten Eigentümern mit Renditevorstellungen ausgeschieden werden. Ebenso muss die Mehrwertabschöpfung geklärt werden.

### Abschliessend stellt sich die Frage, was eine BZO kann und was sie soll.

Die BZO ist ein Koordinationsinstrument, sie koordiniert die Interessen der privaten Eigentümer im Sinne des öffentlichen Interesses. Darum ist die vorliegende BZO auch ein Kompromiss. Sie setzt bauliche Vorgaben und bestimmt grob, welche Nutzungen wo passieren sollen. Wie diese Nutzungen aussehen, entscheidet sich aber nicht allein aufgrund der BZO. Stadtentwicklung ist mehr als diese Hülle und ist deshalb nicht mit der Verabschiedung der BZO abgeschlossen, sondern muss in den nächsten 10–15 Jahren parallel weitergeführt werden.



Korintha Bärtsch  
Grossstadträtin und Fraktionschefin  
Luzern

Bau- und Zonenordnung (BZO):

Parolen:

3x JA

Verselbständigung der städtischen Heime und Alterssiedlungen

## Grüne Forderungen

**Mit dem Entwicklungsbericht zur (teil-) stationären Pflege und Betreuung wurden Grundlagen für die Klärung des zukünftigen Pflege- und Betreuungsbedarfs, der Versorgungssteuerung durch die Stadt sowie für die strategische Weichenstellung bei der Entwicklung der Heime und Alterssiedlungen (HAS) der Stadt Luzern festgelegt.**

Es geht dabei um die Erarbeitung eines detaillierten Versorgungsberichtes sowie vor allem um die Verselbständigung der HAS. Im Juli 2013 werden voraussichtlich die beiden Berichte und Anträge vom Stadtrat verabschiedet, im August in der Sozialkommission und im September im Grossstadtrat beraten.

Die Grünen haben sich beim Entwicklungsbericht zu HAS im Sommer 2012 sehr kritisch geäussert und eine Auslagerung abgelehnt.

### Wie geht die städtische Fraktion mit dem Thema Auslagerung von HAS um?

- Die Fraktion der Grünen beschäftigt sich seit Monaten mit diesem komplexen Prozess und hat verschiedene Vorstösse zu Personalbedingungen, Pflegequalität, Eigentümerstrategie, Entschädigung des Verwaltungsrats und Zusammenarbeit der Stadt mit anderen Heimen eingereicht.
- Meinungen von engagierten Grünen wurden von der Fraktion bereits in die bisherigen Vorbereitungen einbezogen und werden in der Detailberatungsphase weiterhin aktiv gewünscht. Auch mit dem politischen Umfeld (andere Parteien) sind wir im Austausch und suchen nach konstruktiven Lösungen. Ob überhaupt oder unter welchen Bedingungen eine Auslagerung für die Grünen in Frage kommt, soll von der Grünen Basis im Sommer beantwortet werden.

### Welche Forderungen werden angestrebt?

In Bezug auf die Besitzverhältnisse

- Die Aktien der HAS AG bleiben zu 100% im Besitz der Stadt Luzern. Die Abgabe der Grundstücke wird im Baurecht reglementiert und der Umgang mit dem Baurechtszins wird geregelt.
- Der Umgang mit den Liegenschaften bei grundsätzlichen Bedarfsänderungen wird geregelt, sodass die Liegenschaften nur für ähnliche, vergleichbare Zwecke zur Verfügung gestellt werden können.
- Die Gewinnverteilung und Verlusttragung der HAS bzw. die Abläufe für die Pflichtreserven (welche der Deckung von Verlusten und für Massnahmen dienen, die geeignet sind, die Folgen schlechten Geschäftsganges zu mildern), werden reglementiert.

In Bezug auf das Personalrecht

- Die Personalrechte werden durch einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die HAS und für die privaten städtischen Heime im Zusammenhang mit den Leistungsvereinbarungen reglementiert. Der Inhalt des GAV entspricht mindestens dem städtischen Personalreglement.
- Die HAS AG verfügen weiterhin über eine Ombudsstelle.

In Bezug auf die Qualitätssicherung der Pflegearbeit

- Für die Sicherstellung der Pflegequalität werden Rahmenbedingungen gesetzt, die mindestens dem heutigen Qualitätsstandard entsprechen.
- Der Verwaltungsrat der HAS AG wird durch das Stadtparlament gewählt, das auch über die Entschädigung des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung entscheidet.



Ali R. Celik  
Grossstadtrat Grüne  
Luzern

**Angebot:** kostengünstiger Büroraum in Luzern (Neustadtquartier, 3 Min vom Bahnhof)  
(grosser gemeinsamer Arbeitstisch, Computer, Telefon)

Mitbenutzung zusätzlicher Beratungsraum (möbliert) möglich

**Gesucht:** regelmässige Mitbenutzerin/Mitbenutzer 2 bis 3 Tage/Woche

**Kosten:** Anteilmässige Kostenbeteiligung

**Kontakt:** aschmidlin@tic.ch

Jahreszeitenpalaver zum Thema Qualifizieren – evaluieren – zertifizieren

## Bessere Arbeit dank Qualitätsmanagement?

**Auch über Qualitätsmanagement (QM) kann man palavern: Eine schöne Gruppe interessierter Menschen traf sich am 28. Januar in der Oase der Hochschule Wirtschaft Luzern.**

Noëlle Bucher, Verfasserin der Masterarbeit «Qualitätsmanagement an Schulen» und Grossstadträtin der Grünen, konnte ihren Input wegen Krankheit zwar nicht selber einbringen, hatte ihn jedoch so perfekt vorbereitet, dass die Inhalte trotzdem hundertprozentig präsent waren.

### Qualitätsmanagement bietet Chancen und Risiken

Ursprünglich in der Industrie zum Optimieren von Produktionsabläufen entwickelt, spielt das Qualitätsmanagement heute auch in vielen privaten und öffentlichen Dienstleistungsbetrieben eine wichtige Rolle. Die Einführung erfolgte vor etwa 20 Jahren, als die Finanzen arg unter Druck kamen und auch öffentliche Verwaltungen zunehmend auf Output- statt Inputsteuerung setzten. Heute haben sich in allen Betrieben verschiedene Q-Systeme durchgesetzt. Sie sind mit Chancen, aber auch mit Risiken verbunden; so kann der damit verbundene Professionalisierungsschub von Vorteil sein, auf der anderen Seite ist der oft unverhältnismässige Aufwand nachteilig.

Das Palaver freilich zeigte, dass dies in der Praxis oft nicht der Fall ist. Die Einführung von Systemen zur Qualitätssicherung und -entwicklung führte z.B. in Pflege- und Bildungsberufen zu einem grösseren administrativen Aufwand, der innerhalb des gleichen Pensums geleistet werden muss. So wurde der Druck am Arbeitsplatz grösser oder wie es eine Teilnehmerin am Beispiel der auf fünf Minuten (!) getakteten Leistungserfassung im Gesundheitswesen formulierte: «Die gnadenlose Ressourcenbeschreibung führt letztlich zu Qualitätsabbau.»

Eine paradoxe Situation: Eigentlich finden viele innovativ und fortschrittlich denkende Berufsleute die Ideen von QM gut; dessen Einführung im Rahmen von New Public Management und wirkungsorientierter Verwaltung (vgl. Wechsel zur Outputsteuerung) lief jedoch im wesentlichen auf ein Sparprojekt hinaus. Letztlich «scheute man keine Kosten, um zu sparen.» Und so kann es passieren, dass ursprünglich motivierte Berufsleute sich am Arbeitsplatz zunehmend weniger engagieren.

### Aufwand für QM minimieren

Der grösste finanzielle Aufwand für QM entsteht heute vor allem bei der Zertifizierung, und zwar durch aufwendige, wissenschaftliche und stan-



dardisierte Verfahren. Messen spielt dabei eine wesentliche Rolle, was jedoch in Pflege- und Bildungsinstitutionen nicht gerade einfach ist. Klar soll eine 93-jährige Bewohnerin eines Betagtenheims – in der Sprache einzelner QM-Systeme eine Kundin – professionell und eben qualitativ gut betreut werden. Wenn aber die Pflegefachfrau – die Leistungserbringerin – durch standardisierte Messverfahren unter Druck kommt, wird ihre Arbeit wohl kaum besser und damit die Betreuung der Bewohnerin auch nicht.

Letztlich müsste jeder Betrieb daran interessiert sein, dass alle Mitarbeitenden hinter dem QM stehen können. Das heisst aber auch, dass sie in den entsprechenden Prozessen von Anfang an einbezogen sein müssen. Es geht nicht darum, alle QM-Systeme wieder abzuschaffen. Aber sie können stark zurückgefahren werden. «Je schmaler, desto besser»; Freiraum ermöglicht Qualität und Kreativität.



Hanspeter Hug  
Luzern

Neue Ortspartei in Meggen gegründet

## Die Ortsgruppe Meggen fasst Fuss

Am 24. Oktober 2012 wurde die grüne Ortspartei Meggen gegründet.



### Zwei Gründungsmitglieder im Dialog:

Christina Freyenmuth: Ursa, zusammen mit einigen anderen MeggerInnen sind wir der Meinung, dass es an der Zeit ist, dass die Grünen auch hier ihre Anliegen vertreten.

Ursa Sigrist: Genau. Mit unserem Engagement wollen wir ökologischen und sozialen Anliegen Gehör verschaffen. Die Gründung der grünen Ortspartei trägt zudem zur Diversifizierung der Parteienlandschaft mit, was viele MeggerInnen, denen grüne Anliegen am Herzen liegen, freuen wird.

Christina: Konkret wollen wir uns für die Förderung von erneuerbaren Energien, für Energieeffizienz und –suffizienz einsetzen.

Ursa: Die Gemeinde Meggen ist zwar Trägerin des Labels «Energistadt», sie könnte jedoch weit über den bereits erreichten Label-Standard hinausgehen und hier eine bedeutende Pionierrolle einnehmen.

Christina: Meggen soll nicht nur als Steuerparadies und Wohnort der Reichen den Leuten ein Begriff sein. Wir setzen uns deshalb auch für die Schaffung von günstigem Wohnraum ein.

Ursa: Und auch die Erhaltung und Förderung der Artenvielfalt steht auf unserer Liste. Meggen soll ein «gesunder und vielfältiger Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen» sein.

Christina: Als kleine Ortsgruppe sind unsere Ressourcen jedoch beschränkt. Wir wollen deshalb unsere Strukturen schlank halten, wenig Aufwand betreiben und hierarchisch flach bleiben.



Ursa: Wir möchten unser Engagement und unsere Motivation möglichst direkt in Aktivitäten und Aktionen einfließen lassen und die Diskussion untereinander pflegen. Wir verstehen uns als offene Gruppe, bei der Interessierte willkommen sind.

Christina: Wir haben kein Präsidium. Ursa, du hast dich jedoch dazu bereit erklärt, Ansprechperson unserer Ortsgruppe zu sein.

Ursa: In dieser Funktion konnte ich bereits in einem Interview mit dem RigiAnzeiger (Ausgabe vom 2.11.2012) über unsere Ideen berichten.

Christina: Auch um die administrativen Belange unserer Ortsgruppengründung hast du dich gekümmert.

Ursa: Zum einen mussten wir von der Kantonalen Grünen Partei als eine ihrer Ortsgruppen gemäss Art.8 der Vereinsstatuten anerkannt und zum anderen vom Gemeinderat Meggen offiziell als Ortspartei akkreditiert werden. Dies eröffnet uns u.a. Zugang zu den Sitzen im Urnenbüro ab der Legislaturperiode Herbst 2016, einem jährlichen Gemeindebeitrag und der Stellung einer Vertretung in die Ortspartei- und Quartiervereins-Präsidenten-Konferenz.

Christina: Als neue grüne Ortspartei aufgetreten sind wir erstmals an der Gemeindeversammlung Ende letzten Jahres. Anlässlich dieser haben wir unsere Vision «Meggen grüner zu gestalten» verkündet.

Ursa: Meggen soll nicht nur grüner werden, sondern wir wollen, dass unsere Gemeinde in dieser Hinsicht gar eine Pionierrolle einnimmt. Wie viel eine kleine, grüne Gruppierung wie wir auf kommunaler Ebene einbringen kann, wird die Erfahrung zeigen. Es ist auf jeden Fall wichtig, ökologische Sichtweisen zu vertreten, sich einzumischen und Fragen zu stellen.



Christina Freyenmuth  
Redaktionsteam Rundbrief

Volksabstimmung zur Initiative der Grünen

## 2-jähriger Kindergarten jetzt – subito

Mit der Annahme des Volksschulbildungsgesetzes im Mai 2011 hat die Luzerner Stimmbevölkerung auch ja zu einem zweiten Kindergartenjahr gesagt. Bis zum Schuljahr 2016/17 müssen alle Gemeinden im Kanton Luzern dieses zweite Jahr zwingend anbieten. Emmen soll dies möglichst schnell auch umsetzen.

Für die Eltern und ihre Kinder bleibt das zweite Jahr aber freiwillig, im Gegensatz zum abgelehnten Harmos-Konkordat, mit welchem ein zweites Jahr obligatorisch eingeführt worden wäre. Die Gemeinde Emmen will dieses zweite Kindergartenjahr, bzw. die nötige Infrastruktur und Lehrkräfte, erst zum letztmöglichen Zeitpunkt einführen.

Dagegen haben wir Grüne Emmen zusammen mit der SP im Frühling 2012 eine Initiative eingereicht, welche die Einführung bereits ab Schuljahr 2013/14 fordert. Der Gemeinderat sowie der Einwohnerrat lehnen die Initiative ab. Damit kommt es am 9. Juni zur Gemeindeabstimmung. In der Diskussion im Einwohnerrat waren sich alle Parteien bis auf die SVP einig, dass ein zweites Kindergartenjahr pädagogisch wertvoll ist. Zudem würde es die Standortattraktivität der Gemeinde Emmen fördern. Auch stimmte die Mehrheit in ihren Voten den Aussagen zu, dass diejenigen, die in die Bildung der Kleinsten investieren, ganzheitlich und langfristig die Zukunft fördern. Aber mit den

leidigen, fehlenden Finanzen begründete sie die Ablehnung. Wenn das zweite Kindergartenjahr bereits jetzt eingeführt würde, ergäbe dies Mehr-



**Ueli & Hof**  
www.uelihof.ch

Bio-Hofladen Mättwil  
St. Niklausen / Luzern  
Telefon 041 911 22 20  
oder 076 572 53 11  
Fr 14-19 h / Sa 8-13 h

Bio-Metzgerei Moosmatt  
Moosmattstr. 17, Luzern  
Telefon 041 310 71 15  
Di-Fr 8.30-12.15 / 14-18.30 h  
Sa 8-16 h durchgehend

**Bio-Fleisch**

**gibt es im**

**Mättwil**

**und in der**

**Moosmatt.**

natur-farben.ch  
kurt unternäherer  
malerei + farbladen  
beratung, ausführung  
vermietung, verkauf

tel. 041 260 07 40  
schachenstrasse 3, 6020 emmenbrücke

### Das Kapital unserer Zukunft

Verschiedene Studien belegen, dass zwei Jahre Kindergarten wichtig für den späteren Schul- und Bildungserfolg sind, da unter anderem das soziale Lernen verbessert wird. Frühförderung und -beratung wirken sich dank Früherfassung auch allfälliger Besonderheiten erwiesenermassen positiv auf die weitere schulische Laufbahn und die spätere soziale Integration der Kinder und Jugendlichen aus. Dies insbesondere auch bezüglich Spracherwerb und Deutsch für fremdsprachige Kinder.

### Pädagogisch wertvoll

Vorzeigen, Nachahmen und Wiederholen kommen bei altersgemischten Klassen auf natürliche Weise zur Anwendung. Die Kinder können das Angebot wählen, das ihrem Entwicklungs- und Lerntempo entspricht, dadurch wird die Gefahr der Über- oder Unterforderung vermindert. Für Kinder mit besonderen Begabungen und Bedürfnissen sowie für sozial benachteiligte Kinder ist der altersgemischte Kindergarten besonders wichtig. Er verbindet die Kinder zu einer Gemeinschaft. Zwei Jahre Kindergarten bedeuten für ein Kind mehr Zeit (genug Zeit), sich in eine Gruppe zu integrieren, Verantwortung zu übernehmen und Sicherheit und Vertrauen sich selber und anderen gegenüber zu entwickeln. Es hat sich erwiesen, dass die Zahl der Rückstellungen von der Schulpflicht oder Massnahmen der integrativen Förderung nach dem Besuch von zwei Jahren Kindergarten deutlich abnimmt.

### Standortattraktivität

Das zweijährige Kindergartenjahr ist ein Bedürfnis der Bevölkerung. Dort wo der zweijährige Kindergarten eingeführt ist, besuchen ihn über 95%. Schweizweit haben gut 90% der Kinder die Möglichkeit den zweijährigen Kindergarten zu besuchen. Im Kanton Luzern bieten ab Schuljahr 2012/13 über 50 von 83 Gemeinden den zweijährigen Kindergarten bereits an. Der zweijährige Kindergarten ermöglicht nicht nur, Kinder früher in den Kindergarten aufzunehmen, sondern auch noch nicht schulreife Kinder ein Jahr länger im Kindergarten zu behalten. Der Übergang vom Kindergarten in die Schule kann somit flexibler gestaltet werden. Emmen mit einem hohen Anteil an fremdsprachigen Kindern und Kindern aus schwierigen familiären Verhältnissen (hoher Sozialhilfeanteil) zieht hier erst in allerletzter Sekunde nach. Die Einführung eines freiwilligen zweijährigen Kindergartenbesuchs würde sich auch positiv auf die Ausstrahlung von Emmen als Wohn- und Wirtschaftsstandort auswirken.

kosten von 2 Millionen Franken (auf 3 Jahre verteilt) für die Gemeinde Emmen, über welche sie nach Ansicht der Bürgerlichen nicht verfügt.

Allerdings wurde in der gleichen Einwohnerrats-sitzung die Abrechnung für den Einbau des Kunstrasenfeldes (Spielfeldfläche: 90x57.60 m) gutgeheissen. Für diesen 0.5 ha grossen Fussballplatz wurden 1.6 Millionen Franken ausgegeben. Die Gemeinde Emmen verfügt über Geld, setzt offensichtlich die Schwerpunkte nicht für «ganzheitlich und langfristig die Zukunft fördern». Auf unser Angebot, die Initiative zurückzuziehen, wenn eine gestaffelte Einführung vorgenommen würde, traten die anderen Parteien und der Gemeinderat nicht ein.

Damit kommen weitere Probleme auf die Emmer Budgets 2016 und 2017 zu, in welchen die Ausgaben fürs Einrichten dann aufs Mal anfallen. Weiter müssen auf diesen Zeitpunkt mindestens 7 neue Lehrpersonen angestellt werden, dies wohlbermerkt in Konkurrenz zu den anderen Luzerner Gemeinden, welche auch zum letztmöglichen Zeitpunkt die Einführung umsetzen.

Die Grünen und SP Emmen halten deshalb klar an der Initiative fest und werden mit diesem sympathischen Thema den Abstimmungskampf führen. Mit euren Stimmen geht das noch leichter.



Monique Frey  
Einwohnerrätin und  
Präsidentin Grüne Emmen  
Emmen

Volksabstimmung:

«Zweites Kindergartenjahr jetzt ... subito!»

**Parole:**

**Ja**

Vorstosspaket zum Thema Alter

## Würdevoll auch im Alter

Die Fraktion SP/Grüne/GLP hat verschiedene Vorstösse eingereicht, die sich mit dem Thema Alter auseinandersetzen. Sie fordert eine Stelle für Altersfragen, einen Generationen-Spielplatz und stellt Fragen zu neuen Formen der Betreuung im Alter.

Die demografische Entwicklung in unserem Land spricht eine deutliche Sprache. Die Schweizer Bevölkerung wird immer älter. Wohlstand und Lebenserwartung sind hoch, die Gesundheit gut und der Wille, sich weiterhin aktiv in der Gesellschaft zu betätigen, gross. Die heutige ältere Generation hat andere Bedürfnisse als die früheren Generationen, was auch in individuellen Lebensstilen zum Ausdruck kommt. Das führt dazu, dass alle Regionen, Städte und Gemeinden sich auf eine differenziertere Nachfrage nach Dienstleistungen einstellen müssen.

### Stelle für Altersfragen gefordert

Diese Aspekte greift die Fraktion SP/Grüne/GLP in ihrem Vorstosspaket auf, das sie im April eingereicht hat. Sie fordert in einem Postulat die Schaffung einer Stelle für Altersfragen. Eine solche Koordinationsstelle hätte den Überblick über alle in Emmen bestehenden Angebote des öffentlichen aber auch des privaten und gemeinnützigen Sektors. Sie könnte auf Defizite, Schwachstellen, aber auch auf Bedürfnisse und Trends in der Alterspolitik reagieren, und natürlich auch Hilfebedürftige bei Suche nach der optimalen Altersbetreuung beraten.

### Gesellschaftlichen Zusammenhalt mit Generationen-Spielplatz fördern

In einem weiteren Postulat fordert die Fraktion SP/Grüne/GLP den Gemeinderat auf, zu prüfen, ob auf einer geeigneten Freifläche oder einem bestehenden Spielplatz ein Generationen-Spielplatz errichtet werden könne. Sie ist überzeugt, dass ein solcher Spielplatz einen öffentlichen Beitrag zur Volksgesundheit leisten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern würde.

### Neue Betreuungsformen im Alter

In einer Interpellation schliesslich stellt die Fraktion SP/Grüne/GLP eine Reihe von Fragen. Sie will wissen, wie die Situation für die Betreuung von älteren Emmerinnen und Emmern in 20 Jahren aussieht. Sie fragt nach Alternativen zu den Betagtenzentren und den daraus resultierenden Kosten.

Mit diesen drei Vorstössen will die Fraktion SP/Grüne/GLP die Diskussion zur Alterspolitik und einer Altersstrategie in der Gemeinde Emmen lancieren. «Es ist nicht damit getan, ein Altersleitbild zu verabschieden. Schönen Worten müssen auch Taten folgen», sagen die Einwohnerräte Sigisbert Regli, SP, und Monique Frey, Grüne, die die Vorstösse als Erstunterzeichnende eingereicht haben.



Karin Saturino  
SP Emmen  
Emmen

**MV**

**Mieterinnen- und Mieterverband Luzern**

**Elektrosmogmessung | Schlafplatzuntersuchung  
Feuchtigkeits- und Schimmelprobleme  
Mängel in der Wohnung**

Werden Sie Mitglied!

Wir unterstützen und beraten Sie zuhause - schnell und professionell!

Telefon 041 220 10 22 | [mvlv@bluewin.ch](mailto:mvlv@bluewin.ch) | [www.mieterverband.ch/luzern](http://www.mieterverband.ch/luzern)

**M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g**

Veranstaltungsreihe Grüntee

## Aus den kantonalen und nationalen Parlamenten

**Der erste «Grüntee» ist serviert und konsumiert. Zum ersten Mal informierten am Samstag, 23. März, Kantonsrat Nino Froelicher und Nationalrat Louis Schelbert die interessierten Mitglieder aus erster Hand in einem gemütlichen Rahmen, was in den März-Sessionen im Bundes- und Kantonsparlament gegangen ist.**

Kantonsrat Nino Froelicher legte das Schwergewicht seiner Ausführungen auf das Funktionieren des kantonalen Parlaments. Er schilderte dessen Innenleben, die Positionierung der verschiedenen Fraktionen und die Zusammenarbeit mit ihnen. Den Regierungsrat als Gesamtbehörde konnte er nicht rühmen. Den Grünen dagegen stellte er als Fraktionschef ein gutes Zeugnis aus: inhaltlich auf der Höhe, klar in den Positionen und doch mit den andern Parteien politikfähig.

Aus der Frühjahrsession in Bern berichtete Nationalrat Louis Schelbert. Nach einer kurzen Einführung in ausgewählte Geschäfte stand immer die Haltung der Grünen im Mittelpunkt. Einige

der Vorlagen werden Parteien und Bevölkerung noch stark beschäftigt, namentlich die beiden Volksinitiativen «Ja zur Hausarztmedizin» und zu unbedingten Berufsverboten für strafverurteilte Pädophile. Auch bei diversen Gesetzen ist mit Volksabstimmungen zu rechnen. Beispiele sind die Verteuerung der Autobahnvignette, die Verschlechterung des Bürgerrechtsgesetzes oder die Agrarpolitik 14 – 17: Bei diesen Vorlagen wurden Referenden angekündigt.

Bei der Premiere war der Andrang relativ bescheiden. Die Atmosphäre war anregend und angenehm und die Teilnehmenden waren sich einig: Les absent sont toujours tort. Der nächste «Grüntee» kommt nach der Sommersession der eidgenössischen Räte am Samstag, 22. Juni, aufs Tablett.



Louis Schelbert



Nino Fröhlicher

2013

Jetzt alle Infos und Anmeldung unter [www.uhuru.ch](http://www.uhuru.ch)



# UHURU

*Kurse und Konzerte*

*28. Juli bis 4. August*

*auf dem Weissenstein (SO)*

*[www.uhuru.ch](http://www.uhuru.ch)*

*Festival  
Musik für  
und Tanz*



hausgrünlisch

## Kontaktverzeichnis

## Ortsgruppen Grüne Kanton Luzern

**Adligenswil**

Franziska Hufschmid  
franziska.hufschmid@gruene-luzern.ch

**Ebikon**

Andreas Feller  
andreas.feller@gruene-luzern.ch.

**Emmen**

Monique Frey  
monique.frey@gruene-luzern.ch

**Horw**

Caroline Wiezel  
caroline.wiezel@gruene-luzern.ch

**Kriens**

Erich Tschümperlin  
erich.tschuemperlin@gruene-luzern.ch

**Luzern**

Marco Müller  
marco.mueller@gruene-luzern.ch

**Meggen**

Ursa Sigrist  
ursa.sigrist@gruene-luzern.ch

**Sursee**

Andreas Hofer  
andreas.hofer@gruene-luzern.ch

**Willisau**

Esther Müller  
esther.mueller@gruene-luzern.ch

## Valentin Arnold

valentin.arnold@gruene-luzern.ch

**Junge Grüne**

Raoul Niederberger  
rniederberger@gmx.ch

## Parolen zu den Abstimmungen vom 9. Juni 2013

**Eidgenössische Vorlagen**

Volksinitiative vom 7. Juli 2011 «Volkswahl des Bundesrates»:	Nein
Änderung vom 28. September 2012 des Asylgesetzes:	Nein

**Kantonale Vorlagen:**

Volksinitiative «Für freie Ladenöffnungszeiten»	Nein
---	------

**Städtische Vorlagen Luzern**

Bau- und Zonenordnung, exklusive Hochhausstandorte Steghof und Seeburg	JA
Bau- und Zonenordnung, Hochhausstandort Steghof	JA
Bau- und Zonenordnung, Hochhausstandort Seeburg	JA
Initiative «Zwischennutzung statt Baulücke»	JA
Rahmenkredit von 31.3 Mio. Franken zur Erneuerung der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen der Stadt Luzern	JA

**Vorlagen Emmen:**

Volksinitiative «Zweites Kindergartenjahr jetzt ... subito!»	JA
--	----

Alle Parolen der Grünen Kanton Luzern sind auf [www.gruene-luzern.ch](http://www.gruene-luzern.ch) abrufbar.

# Agenda

## Mai

Mo 27.5. 19.00 **Vorstandssitzung Grüne Stadt Luzern, Seki**

## Juni

Mo 3.6. 19.00 **Vorstandssitzung Grüne Kanton, Seki**

So 9.6. **Abstimmungssonntag**

Mo 17.6. 19.00 **Vorstandssitzung Grüne Stadt, Seki**

Sa 22.6. 10.30 **Grüntee, Contenti, Gibraltarstrasse 14**

Mo 24.6. 19.00 **Vorstandssitzung Grüne Kanton, Seki**

## Juli

Mo 8.7. 19.00 **Vorstandssitzung Grüne Stadt und Kanton**

Mo 22.7. **Redaktionsschluss Rundbrief 3/13**

## August

Sa 24.8. **Delegiertenversammlung Grüne Schweiz**

Mo 26.8. 19.00 **Vorstandssitzung Grüne Kanton, Seki**

## September

Fr 13.9. 16.00 **Retraite Vorstand Grüne Stadt**

Mo 16.9. 19.00 **Vorstandssitzung Grüne Kanton, Seki**

Sa 28.9. 10.30 **Grüntee, Contenti, Gibraltarstrasse 14**

Immer aktuell ist der Terminkalender der Grünen auf [www.gruene-luzern.ch](http://www.gruene-luzern.ch). Dort kann man auch den Newsletter abonnieren um neben den Hinweisen auf Grüne Termine auch auf Veranstaltungen aus dem sozialen und kulturellen Bereich informiert zu werden.



Liebe Leserinnen, liebe Leser

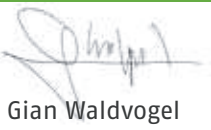
# Entscheidende Abstimmung gegen eine inhumane Asylgesetzrevision

Unter dem Lead der Jungen Grünen hat sich in Luzern ein breites Lokalkomitee gegen die Asylgesetzrevision formiert. Beteiligt sind auch die Grünen, die SP, die Jungsozialisten, das Asylnetz Luzern, die Second@s Plus, die GSOA sowie verschiedene basisnahe Organisationen.

Die Abstimmung ist richtungsweisend für die Schweizer Asylpolitik. Enthalten in dieser Revision sind mehrere fragwürdige Gesetzesänderungen.

- Mit der Abschaffung des Botschaftsasyls sind die schwächsten Asylsuchenden wie Frauen und Kinder gefährdet.
- Kriegsdienstverweigerung gilt als Asylausschlussgrund, Pazifisten werden für die einzig richtige Entscheidung bestraft.
- Lager für renitente Asylsuchende: Mit diesem unscharfen Begriff ist der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Das Lokalkomitee ist mit begrenzten Mitteln ausgestattet, über eine finanzielle Beteiligung sind wir euch sehr dankbar.



Gian Waldvogel  
Co-Präsident Junge Grüne

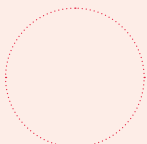


Jana Aregger  
Kampagnenverantwortliche Asylgesetzrevision



pp, 6000 Luzern 7

Empfangsschein / Récépissé / Ricevuta	+ Einzahlung Giro +	+ Versement Virement +	+ Versamento Girata +
<p>Einzahlung für / Versement pour / Versamento per</p> <p><b>Grüne Luzern des Kantons Luzern 6004 Luzern</b></p> <p>Konto / Compte / Conto <b>60-16103-5</b> <b>CHF</b></p> <p>Einbezahlt von / Versé par / Versato da</p>	<p>Einzahlung für / Versement pour / Versamento per</p> <p><b>Grüne Luzern des Kantons Luzern 6004 Luzern</b></p> <p>Konto / Compte / Conto <b>60-16103-5</b> <b>CHF</b></p> <p>105</p>	<p>Zahlungszweck / Motif versement / Motivo versamento</p> <p><b>Asylgesetzrevision</b></p> <p>Einbezahlt von / Versé par / Versato da</p>	



Die Annahmestelle  
L'office de dépôt  
L'ufficio d'accettazione

600161035>

600161035>